Herr Liermann wies darauf hin, dass die Verwaltung folgende Anfragen schriftlich beantwortet habe:

- Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.11.2020 zum Thema „Zukünftiger Standort des JobCenters Rhein-Sieg“ (Anlage 2)
- Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 02.02.2021 zum Thema „Kosten für Wohnraum im Rhein-Sieg-Kreis“ (Anlage 3)
- Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 03.02.2021 zum Thema „Bedarfssituation der Ausbildungsstellen für Pflegeberufe“ (Anlage 4)
- Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.01.2021 zum Thema „DGB Statistik über den Niedriglohnsektor“ (Anlage 5a)
- Erneute Nachfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2021 zur Anfrage vom 04.01.2021 – DGB Statistik über den Niedriglohnsektor (Anlage 5b)

Als Nächstes meldete sich Abg. Peters zu Wort und merkte an, dass in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus am 14.06.2021 die auslaufende Förderung des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Bonn/ Rhein-Sieg behandelt werde. Da es sich hierbei um ein Frauenthema handele, welches ebenfalls für den hiesigen Ausschuss von Relevanz sein dürfte, fragte sie nach, ob derartige Themen künftig auch im Sozialausschuss beraten werden können.

Dezernent Schmitz stellte klar, dass der hiesige Ausschuss in der letzten Wahlperiode den Namen „Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration“ getragen habe. Aktuell seien Themen der Gleichstellung Teil des Ausschusses für Personal und Gleichstellung. Zwar könnten „Frauenthemen“ je nach Schwerpunkt im Einzelfall im Sozialausschuss (mit)erörtert werden. Eine generelle Zuständigkeit sehe er aber nicht.

Abg. Gardeweg erkundigte sich hinsichtlich der Flutkatastrophe in Hennef und Königswinter danach, inwieweit der hiesige Ausschuss eine Anfrage in Richtung Landesregierung stellen könne, um die betroffenen Kommunen zu unterstützen und gegebenenfalls finanziell zu fördern.

In diesem Zusammenhang äußerte Abg. Peters, dass einer Pressemitteilung der Stadt Hennef zu entnehmen sei, dass diese bereits beim Land einen Antrag auf Soforthilfe gestellt habe.

Herr Liermann wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Mitteilungen und Anfragen“ nach der Geschäftsordnung keine Beratung eines neu eingebrachten Themas im Ausschuss vorsehe. Er interpretiere die Wortmeldung der Abg. Gardeweg als Frage, ob der Verwaltung bekannt sei, ob das Land die Betroffenen unterstütze. Er erklärte sich bereit, dies in Erfahrung zu bringen und das Ergebnis in der nächsten Ausschusssitzung zu präsentieren.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Thema wurde zwischenzeitlich im Kreisausschuss (21.06.2021) und Kreistag (24.06.2021) erörtert.